

(Präsident.)

(A) Wir kommen zur Abstimmung.

Will die Kammer beschließen: den bei Tit. 4 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15 zur Beseitigung von Straßenübergängen geforderten Betrag von 1 500 000 M. nach der Vorlage zu bewilligen?

Einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung: **Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 5 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Arealerwerbungen betreffend. (Drucksache Nr. 136.)**

Derselbe Herr Berichterstatter.

Ich eröffne die Debatte und gebe ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter Knobloch: Zum Ankauf von Areal für die Zwecke der Königlichen Eisenbahnverwaltung wird, wie in früheren Finanzperioden, so auch diesmal ein erheblicher Betrag gefordert. Der Gesamtbetrag der in den Finanzperioden 1902/03 bis mit 1912/13 herbeigeführten 182 einzelnen Ankäufe beläuft sich auf 8 899 503 M., während für die Finanzperiode 1914/15 erneut 2 Millionen Mark in 33 einzelnen Posten in den außerordentlichen Etat eingestellt sind. Der freihändige Ankauf des zu Herstellungen aller Art bewilligten oder günstig zu erlangenden Areals kann von Ihrer Deputation auch diesmal nur empfohlen werden. Die Finanzdeputation B erachtete jedoch den Betrag von 5 900 000 M., der für unvorhergesehene Fälle eingestellt war, als sehr hoch, und die Königliche Staatsregierung erklärte sich mit einem Abstrich von 100 000 M. einverstanden.

Die Deputation beantragt dementsprechend, für Zwecke des Arealkaufs 19 000 000 M. zu bewilligen.

Präsident: Das Wort wird nicht begehrt. Ich schließe die Debatte.

Will die Kammer beschließen: den bei Tit. 5 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15 zu Arealerwerbungen geforderten Betrag von 2 Millionen Mark nach Streichung von 100 000 M. mit 1 900 000 M. zu bewilligen?

Einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung: **Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 11 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Erweiterung der Werkstättenanlagen in**

Dresden-Friedrichstadt betreffend. (Drucksache Nr. 137.)

Derselbe Herr Berichterstatter.

Ich eröffne die Debatte und gebe ihm wieder das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter Knobloch: Zu Tit. 11, Erweiterung der Werkstättenanlagen in Dresden-Friedrichstadt, sind die Erweiterungen der Wagenwerkstatt, der Kesselschmiede und der Siederohr- und Kupferwerkstatt geplant. Die Forderungen begründen sich auf die in den letzten Finanzperioden eingetretene und noch folgende starke Wagenvermehrung. Die beiden vorhandenen Kesselschmieden in Dresden und Chemnitz sind überaus stark ausgenutzt und genügen den Anforderungen absolut nicht mehr, so daß in Dresden-Friedrichstadt ein Teil der Kesselschmiedearbeiten in die Lokomotivenmontage verwiesen werden mußte. Dazu kommt aber die zu erwartende Steigerung der Arbeiten infolge der Vermehrung der Lokomotiven, weshalb sich die Erweiterung als dringend notwendig erweist. Hinsichtlich der Siederohr- und Kupferrohrwerkstatt ist auch der seither zur Verfügung stehende Raum aus gleichen Gründen und wegen Beschaffung und Aufstellung größerer Werkzeugmaschinen für Rohrarbeit nicht mehr ausreichend. Es ist geplant, die jetzige Siederohrwerkstatt zur Vergrößerung der Kupferschmiede zu verwenden und eine neue Siederohranlage zu erbauen. Arealankäufe sind nicht notwendig, und die zu erbauenden Gebäude gliedern sich den jetzigen organisch an.

Ihre Deputation beantragt, nach der Vorlage 1 005 000 M. zu bewilligen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Castan.

Abgeordneter Castan: Meine Herren! Aus den Kreisen des Personals der Staatsbahnwerkstätten Dresden-Friedrichstadt sind mir eine Reihe von Beschwerden und Wünschen zu diesem Titel zugegangen, die sich sowohl auf gesundheitlichem und sicherheitlichem als auch auf technischem Gebiete bewegen. Ich habe die Gegenstände, über die ich zu sprechen wünsche, dem Königlichen Finanzministerium mitgeteilt, und das Königliche Finanzministerium wird in der Lage sein, hierzu Stellung zu nehmen.

Eine alte Beschwerde des Personals geht darauf hin, daß die gesundheitschädlichen Arbeiten im Freien bei den Reparaturen an Wagen und Lokomotiven beseitigt oder wenigstens insoweit eingeschränkt werden möchten, als es sich um Reparaturen handelt, die kurze Zeit in Anspruch nehmen und nicht in den Wagen- oder Lokomotivreparaturwerkstätten gemacht werden können, weil das unrationell wäre. Aber es ist mir wieder mit-